



20. Dezember 2023

Frau Kultusministerin
Julia Hamburg

- per E-Mail: ministerbuero@mk.niedersachsen.de

Sehr geehrte Frau Ministerin Hamburg,

heute wende ich mich als Bürgermeister der Gemeinde Hatten auch im Namen des Hatter Gemeinderates an Sie. Hinter den Inhalten dieses Briefes haben sich ebenfalls die Schulleitungen der Sekundarstufe I sowie die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Oldenburg versammelt.

Bitte verstehen Sie dieses Schreiben nicht mehr nur als Hilferuf, sondern vielmehr als Notruf.

Der Koalitionsvertrag dieser Landesregierung trägt die Überschrift „Sicher in Zeiten des Wandels – Niedersachsen zukunftsfit und solidarisch gestalten“.

Als kommunale Entscheidungsträger fühlen wir uns unserer Verantwortung als Schulträger sehr verbunden. Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Schulkollegien unsere Kinder auf ihre Zukunft vorzubereiten. Auf eine Zukunft, die geprägt ist von Unsicherheiten, Irrlichtern, Abwegen, Abgründen und Herausforderungen. Ohne den festen Willen, den Kindern einen sicheren, fürsorglichen und persönlichkeitsbildenden Weg zu bereiten, aber auch ohne den zuversichtlichen Blick nach vorn, kann diese Aufgabe nicht bewerkstelligt werden. Die Kinder geben uns mit ihrer erfrischenden Neugierde, ihrem unerschütterlichen Willen ihren Weg zu gehen und ihrer im positivsten Sinne gemeinten Naivität tagtäglich die Kraft dazu.

Für die unbändige Kraft, die diese Generation aufbringen muss, um die von den vorherigen Generationen überlassenen Herausforderungen zu meistern, brauchen unsere Kinder Unterstützung. Diese Unterstützung können Schulträger, Jugendämter, Kollegien und pädagogisch Mitarbeitende nicht allein leisten. Hierbei brauchen wir die Unterstützung in der Schulsozialarbeit. Die Kollegien an den Schulen leisten so eine wertvolle Arbeit, sie sind aber zu Wenige, um die oben beschriebene, vor uns allen liegende Aufgabe allein zu bewältigen.

Die Probleme der Kinder und Jugendlichen haben nicht ausschließlich mit der Pandemie zu tun, sondern haben sich in den letzten 10 Jahren gesteigert. Der Höhepunkt war der Fall des Mädchens, das von zwei Klassenkameradinnen getötet wurde. Im Jahr 2023 folgten weitere Vorfälle, in denen ein Mädchen von Mitschülern gequält und gedemütigt wurde bzw. eine Schülerin nach der Einnahme von „Blue Punisher“ ums Leben kam. Aber auch im Landkreis häufen sich die Vorkommnisse, wie z. B. die Messerattacke eines Schülers in Wildeshausen zeigt.

Beileibe und zu unser aller Erschrecken keine Einzelfälle. Insbesondere soziale Netzwerke wie TikTok sind voll von Gewalt, Rassismus, Pornographie und vor allem Mobbing und Demütigung von Kindern. In diversen Challenges wird zu gesundheitsschädlichen Aktionen, zu Vandalismus und Gewalt gegen Tiere oder Menschen aufgerufen. Der Verrohungsgrad hat sich verändert und stellt eine Belastung für Schülerinnen und Schüler dar, da sie die Informationen unreflektiert und unbegleitet erhalten. Diese Fälle müssen multiprofessionell betrachtet werden. Es geht nicht mehr nur um zwei Personen und einen Streit auf dem Schulhof - die Streitpunkte werden vorher und hinterher im Netz ausgetragen. Die Persönlichkeit der Kinder hat sich verändert, viele haben Schulangst. Die Wartelisten bei Kinder- und Jugendpsychologen sind lang, die Kinder bekommen keinen Termin. Viele Kinder entwickeln Schulangst, Mobbing und Gewalt findet nicht mehr nur auf dem Schulhof statt, sondern begleitet Kinder bis in ihr Kinderzimmer.

Wir sollten uns zudem von der Illusion verabschieden, dass die Probleme vor Kindern aus sogenannten „heilen“ Elternhäusern halt machen. Nimmt man zudem die Erkenntnisse der Postbank Jugend-Digital-Studie aus Sommer 2023 ernst, sollten wir uns erschrecken, dass Jugendliche im Alter von 16 Jahren mehr als 64 Stunden die Woche online sind. Immer mehr Kinder haben außerdem bereits in der Grundschule eigene Smartphones mit oft unbeschränktem Zugang zum Netz.

Die Folgen der Corona-Krise sind nicht ausgestanden. Depressionen, gestörte Persönlichkeitsbildung und Entwicklungsbeeinträchtigungen machen den Schulen große Sorgen. Integration von geflüchteten Kindern und vor allem Inklusion sprengen zudem den Rahmen der Zumutbarkeit und Belastbarkeit von Lehrkräften und Sozialarbeitern. Ein weiteres Indiz ist hier auch die stetige Zunahme von Schulbegleitungen für verhaltensauffällige Kinder.

Kurzum: Es geht nicht mehr. Die Kinder und Jugendlichen brauchen eine Unterstützung, die derzeit nicht mehr abgebildet wird und vor allem nicht mehr geleistet werden kann.

Sie, verehrte Frau Ministerin Hamburg, kennen diese Probleme. Doch die (zu) wenigen Personen in der Schulsozialarbeit sind teilweise immer und immer wieder befristet. Sie gehen in sichere Branchen, verlassen Schulen, obwohl Schülerinnen und Schüler ein Vertrauensverhältnis aufgebaut haben und sie so dringend gebraucht werden. Lehrkräfte fangen ein Großteil der Aufgaben auf, haben jedoch die Aufgabe, Kinder lernbegleitend zur Seite zu stehen. Wir wissen, dass die Kollegien an unseren Schulen diese Aufgabe mit großem Engagement und Tatendrang im Sinne „ihrer“ Kinder wahrnehmen. Doch das kann und wird der notwendigen Begleitung unter den oben beschriebenen Aufgaben in keiner Weise gerecht. Zurück bleiben die Kinder. Unzureichend bis gar nicht unterstützt in ihren Sorgen, Nöten und Ängsten.

Im Koalitionsvertrag kündigen Sie an, die Schulsozialarbeit zu stärken. Das genügt nicht. Sie muss massiv ausgebaut werden, an jeder Schule. Sie wollen mit Hilfe eines neu zu entwickelnden, sozialdatenbasierten Index den dafür benötigten Umfang grundsätzlich ermitteln und sich auf den Weg machen, Ressourcen gezielt dort einzusetzen, wo sie demnach am dringendsten benötigt werden. Die Praxis zeigt, dass nicht einmal der Grundstock einer „normal“ ausgestatteten Schulsozialarbeit auskömmlich und ausreichend ist. Wir sehen die Notwendigkeit, an bestimmten Schulen eine höhere Ausstattung an Schulsozialarbeit vorzuhalten, als bei anderen. Diese Schulen haben auch wir in unserem Landkreis. Aufgrund der oben beschriebenen Probleme und der Entgrenzung von Problemen in Milieus hin zu einer „schichtenübergreifenden“ Begleitnotwendigkeit kann eine sozialdatenbasierte Umfangsbemessung nicht den Ansprüchen genügen. Kinder erleben Gewalt, Mobbing, Ängste nicht mehr nur in „ihrem“ Quartier. Sie erleben sie täglich, jederzeit, überall quer durch alle vermeintlichen Schichten.

Wir fragen Sie und die gesamte Landesregierung: Kann das unser Anspruch sein? Kann das aus Sicht der Landesregierung genügen, unsere Kinder sicher in Zeiten des Wandels hin zu einem zukunftsfesten und solidarischen Niedersachsen zu begleiten?

Nehmen Sie Ihre Aufgabe als Bildungspartner der Städte und Gemeinden und Ihrer Schulen für die Zukunft unserer Kinder wahr.

Es ist uns Entscheidungsträgern in den Kommunen wichtig, dass das Land die Kommunen auch finanziell bei den Herausforderungen, die uns begeben unterstützt. Hier werden wir in naher Zukunft auch das Thema Ganztagschulbetreuung nur im engen Schulterschluss von Landesregierung und Kommunen bewältigen können.

Verehrte Frau Ministerin, wir appellieren an Sie und die Landesregierung:

Stärken Sie die Schulsozialarbeit!

Bauen Sie die Schulsozialarbeit aus, nicht erst perspektivisch!

Entfristen Sie befristete Stellen in der Schulsozialarbeit!

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Schulsozialarbeit den Kommunen am Herzen liegt, aber diese Aufgabe die Aufgabe des Bildungspartners Land Niedersachsen ist!

Ermöglichen Sie die Multiprofessionalität in der Schulsozialarbeit!

Entlasten Sie damit Ihre Schulkollegien!

Erkennen Sie die langfristige Investition in unsere Zukunft, die für unsere Kinder eine schwierigere sein wird, als für die vorherigen Generationen!

Erkennen Sie an, dass eine auskömmliche Schulsozialarbeit an jeder Schule jetzt und schon viel früher absolut notwendig ist!

Nehmen Sie die Verantwortung es Landes bei der finanziellen Unterstützung der Kommunen wahr.

Wir bauen auf den Handlungswillen der Landesregierung und darauf, dass Sie den Titel Ihres Koalitionsvertrages ernst nehmen. Sie wissen uns und die Schulleitungen an Ihrer Seite.

Frau Ministerin, Sie sind herzlich eingeladen im persönlichen Gespräch vor Ort mit den kommunalen Entscheidungsträgern im Landkreis Oldenburg ins Gespräch zu kommen. Vereinbaren Sie hierzu bitte einen Termin, damit wir im gemeinsamen Dialog die Herausforderungen, die vor uns liegen, besprechen und angehen können.

— Mit freundlichem Gruß


Guido Heinisch
Bürgermeister Gemeinde Hatten